

Loritz räumt auf

Keine Orden für Antifaschisten

Im bayerischen Sonderministerium gab es einige Ausfälle. Nach der Rundfunkrede des Ministers Loritz traten zwanzig leitende Beamte des Ministeriums zurück. Man wußte bislang gar nicht, daß es so viele leitende Beamte dort gab, und es tauchte die Frage auf, ob dies der Grund sei, daß die Entnazifizierung in falsche Bahnen geleitet worden war. Loritz' Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung scheint sich zunächst jedenfalls als Abbau-Vereinigung zu betätigen.

Unter die Zurücktretenden mischte sich auch ein gewisser Regierungsrat Risse, der sich darob empörte, daß die politisch Verfolgten durch Verleihung von Orden- und Ehrenzeichen von Loritz zu öffentlichen



Pfeiffer a. D.

Jetzt Leiter der Staatskanzlei

Schaustücken gemacht wurden, und der auf Titel und Amt im Ministerium verzichten wollte.

Alfred Loritz erklärte auf die Vorwürfe gegen seine „Ordens-Politik“, die zum Teil von der „Süddeutschen Zeitung“ und dem Landesausschuß der politisch Verfolgten in Bayern übernommen wurden, er habe niemals an Orden für die Entlasteten gedacht, sondern lediglich an Steuererleichterungen, Stipendien und ähnliche Vergünstigungen.

Das Sonderministerium widmete Risse einen Nachruf, in dem ihm bescheinigt wurde, daß er sich selbst den Titel Regierungsrat zugelegt habe, nie Dezernatsleiter gewesen sei und daß man gegen ihn ein Verfahren einleiten werde. Herr Risse sei nicht gegangen, sondern hinausgeworfen worden.

Auch auf den ehemaligen Entnazifizierungsminister Dr. Anton Pfeiffer, unter dessen Oberregie Risse monatelang arbeitete, fiel damit ein ungünstiges Schlaglicht, weil die hochstaplerischen Eigenschaften Risses damals schon sattem bekannt waren. Pfeiffer hat überhaupt Pech. Der bisherige Ministerialrat Dr. Jürgen Ziebell wurde von Herrn Loritz ebenfalls fristlos entlassen.

Pfeiffer hatte ihn mit wahrer Nibelungentreue gegen die schwersten Angriffe von allen Seiten gedeckt, was Jürgen Ziebell nicht hinderte, seinen Protektor als „Schurken“ zu bezeichnen.

Dr. Ziebell hatte vor der bayerischen Regierungsbildung von Dr. Joseph Müller bereits seine Ernennung zum Staatssekretär in der Tasche. Dr. Ziebell hatte Müller zugesagt, das Spruchkammerverfahren gegen ihn als Blitzverfahren unter seinem, Ziebells Vorsitz noch vor der Regierungsbildung durchzuführen. Beide waren nicht in der Lage, ihre Versprechungen einzulösen.

In die alte Fuggerstadt Augsburg berief Joseph Müller am 3. Januar den Landesausschuß der CSU zu einer Tagung ein. Er hatte die Absicht, durch seine Getreuen ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Ehard zu erlangen, die durch seine eigene Partei in den Sattel gehoben war.

Aber Ehard und die CDU-Minister Hundhammer (Kultus) und Dr. Baumgartner (Landwirtschaftsministerium) waren selbst erschienen, so daß Müller bei zwei Resolutionen mit 48 zu 52 und 50 zu 51 Stimmen unterlag. Müller focht das nicht an. Er verlautbarte, daß er einen intensiven Nervenkrieg führen und den Landesausschuß so oft zusammenrufen werde, bis ihm zu guter Letzt dennoch ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung glücken werde.

Ob seinen Mannen jedoch das Reisen in fensterlosen Zügen nicht eines Tages zuviel wird, so daß sie mit kalten Füßen und ebensolchem Zorn Herrn Müller selbst kaltstellen werden, ist noch ungewiß.

335/6. 48 =

Bomben auf Spruchkammern

Kabus war nur Schreibstubenhengst

Der „Spruchkammer bombing trial“, wie die Amerikaner den Prozeß gegen die Bomben-Attentäter von Stuttgart nennen, serviert laufend Knalleffekte.

Als im Oktober des vergangenen Jahres vor den Spruchkammer-Gebäuden von Backnang, Stuttgart und Eßlingen a. N. Bomben explodierten, unterschieden sich die Auffassungen über die Täter und über die Hintergründe merklich. Einige hielten die Attentate für einen ernst zu nehmenden Protest gegen das Urteil von Nürnberg, andere sahen darin die Kundgebung einer Widerstandsbewegung gegen die Besatzungsmächte, die als solche auch ernst zu nehmen war, während dritte sie für dumme Lausbübereien hielten, von nicht ernstzunehmenden Jungen ausgeführt, denen die Tragweite ihrer Untaten gar nicht bewußt war.

Der Prozeß, der in Stuttgart am 3. Januar begann, bringt etliche Antworten. Der 23jährige Hauptangeklagte Siegfried Kabus hat mit zwei 17jährigen, drei 18jährigen, drei 19jährigen und einem 57jährigen zusammen eine Organisation ehemaliger SS-Angehöriger gegründet, die den Decknamen „Odessa“ führte.

Am 5. Oktober machten sie sich daran, Bomben anzufertigen. In den darauffolgenden Tagen beklebten sie Wände mit Plakaten, auf denen zu lesen stand, daß Nürnberg „kein Urteil, sondern Mord“ gewesen sei. Am 19. Oktober legten sie Bomben in Stuttgart und Backnang vor den Spruchkammern, und eine Woche darauf explodierte auch vor der Spruchkammer in Eßlingen a. N. eine selbstgefertigte Bombe.

Die Aufregung, die dadurch in der Stadt des Länderrats verursacht wurde, war von größerer Wirkung als die der Bombe. Die Mutmaßungen fanden zunächst keinen Anhalt. Polizeiliche Untersuchungen brachten auch kein Ergebnis, und erst als eine Belohnung in Höhe von 25 000 Mark vom Stuttgarter Oberbürgermeister ausgesetzt wurde, konnten Kabus und seine Helfer gefaßt werden.

Nachdem sich sämtliche Angeklagte für nicht schuldig bekannten, ließ die Anklage den Stuttgarter Stadtpfarrer Dippon als Zeugen vernehmen. Am 9. August des vergangenen Jahres ist die hölzerne Kirchenbaracke, die der Pfarrer errichtet hatte, mit Brandbomben angezündet worden und binnen einer Stunde niedergebrannt. Die Anklagevertretung legt auch diese Tat Kabus als „Probestückchen“ zur Last.

Pfarrer Dippon sagte aus, Kabus und ein anderer Angeklagter seien vor Jahren von ihm konfirmiert worden.

Ueberhaupt gab es laufend Ueberaschungen für alle. So verriet zum Beispiel die Gesichter der Mitangeklagten äußerstes Erstaunen, als die Anklagevertretung bekanntgab, daß Kabus niemals SS-Sturmtruppführer und niemals Ritterkreuzträger gewesen sei.

Kabus habe nur als Schreibstuben-Oberscharführer bei der SS in der Tschechoslowakei und bei Heimatkommandos Dienst getan. Bei jedem Urlaub sei er einen Dienstgrad höher gerückt. In einem zweiten Soldbuch, das er sich beschafft hatte, trug er selbst seine Beförderung und Ordensverleihung ein. Bisher glaubten sich die Mittäter immerhin von einem Helden angeführt.

Nicht weniger überrascht als die „Angeführten“ waren die Zuhörer, als bekannt wurde, daß die Organisation Odessa geplant hatte, den württembergisch-badischen Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm zu entführen und offenbar alle technischen Vorbereitungen hierfür schon getroffen waren.

Inzwischen hat Kamm sein Rücktrittsgesuch eingereicht, aber nicht aus Angst vor Kabus und seinen Männern, sondern weil er sich ins Privatleben zurückziehen will. Es heißt, daß ihm das Gezänke seiner Mitbürger und Zeitgenossen lästig geworden sei. Er trägt sich auch mit der Absicht, von seinem Posten als Bürgermeister von Schorndorf zurückzutreten.



Ohne Ritterkreuz
Siegfried Kabus war kein Held